

Wirtschaftsfaktor Gesundheitswesen

Fast acht Millionen Beschäftigte erwirtschaften 12 Prozent des BIP

Verfolgt man die Diskussionen über das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG), könnte man meinen, das deutsche Gesundheitswesen sei ein Fass ohne Boden, das kaum mehr finanzierbar ist. Doch die Wahrheit lautet auch: Die medizinische und zahnmedizinische Versorgung ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, der Millionen von Beschäftigten ein Auskommen sichert.

Das geht auch aus der „Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ hervor, die Anfang Oktober vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht wurde und über die unter anderem die *Ärztezeitung* berichtete. Demnach erwirtschaftete das Gesundheitswesen im Jahr 2021 391,8 Milliarden Euro, was 12,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht. 7,7 Millionen Menschen hatten in Arzt- und Zahnarztpraxen, Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen einen sicheren Arbeitsplatz. Zum Vergleich: Im gesamten Automobilsektor arbeiteten 3,3 Millionen Beschäftigte.

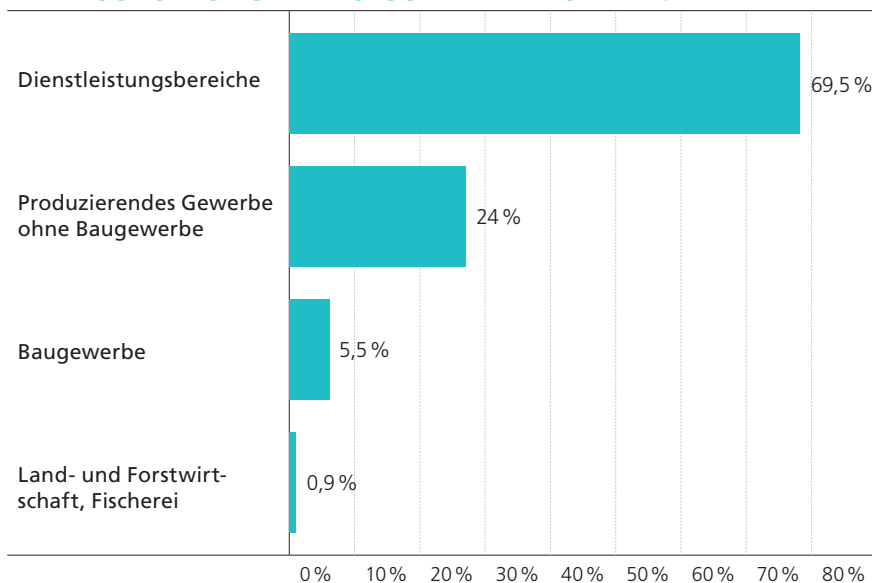
Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht laut *Ärztezeitung* den-

noch die Gefahr, dass Deutschland als bisher stärkster EU-Standort der Gesundheitsindustrie und Gesundheitsforschung international an Wettbewerbsfähigkeit verliert. „In einer ganzen Reihe an fehlerhaften Beschlüssen hat die Bundesregierung die Gesundheitsindustrie sehenden Auges in ein schwieriges Fahrwasser manövriert“, warnte Iris Plöger, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung. Im Zusammenspiel mit der Energiekrise und den pandemiebedingten Störungen internationaler Lieferketten hätten sich die Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen im Bereich Pharma, Medizintechnik, Health-IT und Biotechnologie deutlich verschlechtert. Mit dem GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sende die

Politik ein innovationsfeindliches Signal an die forschenden Unternehmen, so Plöger. Das Maßnahmenpaket zielt auf eine kurzfristige Kostensenkung für innovative Arzneimittel ab, ohne die strukturellen Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen.

Diese Einschätzung zeigt deutlich, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mit seinem Kostendämpfungsgesetz nicht nur die Patientenversorgung gefährdet, sondern auch Arbeitsplätze und Existenzen. Sein Denkfehler besteht darin, dass er Gesundheitsausgaben lediglich als Kostenfaktor sieht. Der Bedeutung des Gesundheitswesens für den Wohlstand in Deutschland scheint sich Lauterbach nicht bewusst zu sein. Der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) hat deshalb völlig Recht, wenn er mit Blick auf die Sanierung der GKV-Finanzien die Einnahmenseite in den Vordergrund rückt. „Eine stabile Finanzierung der GKV muss gewährleistet bleiben. Alternativ zu den bekannten Plänen aus Berlin fordere ich die Prüfung weitergehender Maßnahmen zum Ausgleich des Defizits in der GKV-Finanzierung. Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung muss stärker erhöht werden, als es der Entwurf bislang vorsieht. Bayern schlägt zudem seit Langem eine Erhöhung der Beiträge des Bundes für Bezieher von Arbeitslosengeld II vor. Auch eine Überprüfung der versicherungsfremden Leistungen muss sein“, so Holetschek. Einen ausführlichen Bericht zur bayerischen Sichtweise auf das GKV-FinStG finden Sie auf Seite 6.

ANTEIL DER WIRTSCHAFTSZWEIGE AN DER BRUTTO-WERTSCHÖPFUNG IN DEUTSCHLAND IM JAHR 2021



Obwohl Deutschland als Industrieland gilt, ist der Anteil des Dienstleistungssektors, zu dem auch das Gesundheitswesen zählt, an der Bruttowertschöpfung deutlich höher als der des produzierenden Gewerbes.

Leo Hofmeier